Parlamentarischer Beratungs- und Gutachterdienst
des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Stefan Engstfeld, MdL
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

im Hause

Auskunft erteilt: Frau Dr. Hientzsch
Telefon: (0211) 884-2452
Fax: (0211) 884-3005
E-Mail: klaus.aalbers@landtag.nrw.de

Geschäftszeichen: I.5

Düsseldorf, 08.09.2010

Nach der Geschäftsanweisung des PBGD (Anlage 10 GO) sind nach dem Grundsatz der Allgemeinzugänglichkeit Ausarbeitungen nach Ablauf der WP zu veröffentlichen.

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE
INFORMATION
16/ 14
alle Flg.

Auftrag zum Thema „Minderheitsregierungen in Deutschland und Europa ab 1949“

A. Einleitung

Von einer Minderheitsregierung spricht man in parlamentarischen Systemen dann, wenn die die Regierung tragenden Fraktionen über keine eigene Mehrheit im Parlament verfügen. Zur Verabschiedung von Gesetzen müssen deshalb Mehrheiten gemeinsam mit anderen im Parlament vertretenen Fraktionen oder einzelnen Abgeordneten gesucht werden.

Unterschieden wird dabei zunächst zwischen der Einparteienminderheitsregierung und der Minderheitskoalition. Weiterhin zwischen Minderheitsregierungen mit fester Zusage parlamentarischer Unterstützung von Fraktionen außerhalb der Regierung und Minderheitsregierungen ohne dieses Sicherheitsnetz. Die regelmäßige Unterstützung der Minderheitsregierung durch eine Fraktion, die nicht selbst an ihr beteiligt ist, wird als Tolerierung oder Duldung bezeichnet. Eine solche Tolerierung kann im Vorfeld der Regierungsbildung vereinbart werden, um eine gewisse Stabilität sicherzustellen. Alternativ hierzu ist die Variante zu sehen, bei der von Fall zu Fall im Verhandlungswege Mehrheiten für bestimmte Sachfragen ausgehandelt werden.

Die Rahmenbedingungen für das Zustandekommen von Minderheitsregierungen, ihre Akzeptanz und Dauer sind in den einzelnen Staaten unterschiedlich. Auslöser für die Bildung von Minderheitsregierungen sind aber überwiegend das Vorhandensein einer Vielzahl von Parteien in den jeweiligen Parlamenten und damit einhergehende mangelnde Mehrheiten. In Dänemark und Schweden existierte ab 1949 jeweils ein bis zu 7 Parteiensystem, das durch Fragmentierung, Blockbildung und Uneinigkeit der jeweiligen Lager gekennzeichnet war.[1] Hinzu kam, dass einige dieser Parteien als koalitionsunwürdig galten. Die aufgrund dieser politischen Verhältnisse häufig und dauerhaft auftretenden Minderheitsregierungen haben in

[1] *Gerd Strohmeier*, Minderheitsregierungen in Deutschland auf Bundesebene, Zeitschrift für Politik 56 (2009) Nr. 3, S. 264 f.

diesen Staaten eine ungeschriebene politischeKonsenskultur hervorgebracht, die auch die Verabschiedung des jeweiligen Haushalts ermöglichte.

Im bundesdeutschen Parlamentarismus ist hingegen eine Mehrheitsfixierung feststellbar, was mit dem Hintergrund der instabilen Regierungsverhältnisse der Weimarer Republik erklärt wird.[2] Auf der Bundesebene hat sich als Ergebnis einer unmittelbar vorangegangenen Wahl noch nie eine Minderheitsregierung gebildet. Die bisher zustande gekommenen Minderheitsregierungen resultierten alle aus den Rücktritten von Ministern des jeweiligen Koalitionspartners. Anders verhält es sich in einer Reihe von Bundesländern, wobei im sog. "Magdeburger Modell" zwei Minderheitsregierungen sogar über die Dauer von 8 Jahren (1994-2002) im Amt waren.
Minderheitsregierungen werden in der deutschen Fachliteratur nach wie vor als kritisch erachtet. Eine politische Leistungs- und Handlungsfähigkeit wird ihnen abgesprochen, da sie sich Kompromisse erkaufen müsse und stets der Gefahr ausgesetzt sei, bei wesentlichen Entscheidungen die notwendige Unterstützung einer Parlamentsmehrheit zu verfehlen und dadurch handlungsunfähig werde.[3]
Die Befürworter des Systems von Minderheitsregierungen führen an, dass die jeweilige Regierung einen konsensorientierten und sachpolitischen Stil führen müsse, der - wegen des Werbens um Mehrheiten - die Stellung des Parlaments und des einzelnen Abgeordneten stärke sowie die Arbeit des Parlaments insgesamt transparenter mache.[4] Zudem ergebe sich eine gewisse Stabilität einer bereits gebildeten Regierung daraus, dass sie nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum, d.h. durch die Wahl einer(s) neuen Ministerpräsidentin oder Ministerpräsidenten gestürzt werden könne, was für eine fragmentierte Opposition eine schwierige Hürde darstelle.

B. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

Die Untersuchung der Regierungsformen der EU-Mitgliedsstaaten kommt zu dem Ergebnis, dass in nur 4 von 27 Ländern seit 1949 keine Minderheitsregierung an der Spitze der Exekutive stand (Belgien, Griechenland, Ungarn und Republik Zypern[5]). Dass es sich bei Minderheitsregierungen auch heute noch um keine seltene Regierungsform handelt, zeigt die Tatsache, dass aktuell in 6 Ländern die parlamentarische Minderheit regiert (Bulgarien, Dänemark, Estland, Portugal, Rumänien und Spanien).

Deutschland weist mit 2 Minderheitsregierungen in der schon länger zurückliegenden Vergangenheit (1966 und 1983) eine vergleichsweise geringe Anzahl an Regierungsformen dieser Art auf. Spitzenreiter bei der Häufigkeit von Minderheitsregierungen sind mit Abstand Dänemark und Italien gefolgt von Finnland, Irland, Lettland, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden und Spanien. In den Ländern Bulgarien, Estland, Frankreich, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Vereinigtes Königreich und die Türkische Republik Nordzypern stellt die Regierungsform der Minderheitsregierung ebenfalls eher die Ausnahme dar. Die Aussagekraft dieser Ergebnisse muss dabei aber vor dem Hintergrund bewertet werden, dass der Beginn der Zählung der Minderheitsregierungen

---

[2] P:\Minderheitsregierung\Bundeszentrale für politische Bildung - Druck-Version Das parlamentarische System in den Ländern – Adäquate Regierungsform oder Auslaufmodell - Aus Politik und Zeitgeschichte (B 50-51-2004).mht.
[3] *Mahir Tokatli*, Minderheitsregierungen in Deutschland, Zukunftsmodell oder nur eine Alternative ohne Realisierungsperspektive, 2010, S. 12 m.w.N.
[4] *Tokatli*, Minderheitsregierungen (Fn. 1), S. 13 m.w.N.
[5] Wegen der de facto bestehenden unterschiedlichen Regierungssysteme von der Republik Zypern und der Türkischen Republik Nordzypern wurde eine Trennung zwischen den beiden Gebieten vorgenommen.

unterschiedlich ist, da er an den Bestand einesdemokratischen politischen Systems anschließt, welches sich in den Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten formiert hat.

Eine einheitliche Aussage hinsichtlich der Amtsdauer der Minderheitsregierungen lässt sich nicht treffen. Sie reicht von 2 Wochen in Italien im Jahr 1987 bis hin zu 10 Jahren in Dänemark, wo seit 2001 nunmehr in der 3 Wahlperiode die rechtsliberale Partei "Venstre" mit der konservativen Volkspartei die Regierung stellt.

Schließlich lässt sich - soweit erkennbar - auf EU-Ebene auch nicht ein eindeutiger Zeitpunkt für den Beginn der Minderheitsregierung feststellen. So entstanden die Minderheitsregierungen während einer laufenden Wahlperiode, z.B. durch Aufkündigung der Koalitionsvereinbarung oder durch den Rücktritt oder Tod von Ministern, etwa genau so oft wie zu Beginn einer Wahlperiode.

Dasselbe Ergebnis spiegelt sich auch auf der Länderebene in Deutschland wider: In 9 von 16 Ländern gab es bislang Minderheitsregierungen - sowohl zu Beginn, als auch während einer Wahlperiode. Aktuell stellt allein in Nordrhein-Westfalen die parlamentarische Minderheit die Regierung. Davor waren zuletzt in Schleswig-Holstein und Hessen Minderheitsregierungen geschäftsführend im Amt (2009 und 2008-2009). In beiden Ländern scheiterte der Versuch, eine Minderheitsregierung zu bilden (in Hessen 2008-2009 in Schleswig-Holstein 2005).

Die längste Amtszeit einer Minderheitsregierung erreichte in der Vergangenheit das bereits erwähnte sog. "Magdeburger Modell", das über die Dauer von zwei Wahlperioden in Sachsen-Anhalt 8 Jahre (von 1994-2002) hielt. Die kürzeste Minderheitsregierung existierte in Niedersachsen, nämlich genau 1 Tag: Nach dem Ausschluss eines CDU-Abgeordneten aus der Fraktion erklärte tags darauf ein SPD-Abgeordneter seinen Parteiaustritt, wodurch CDU/FDP wieder die Mehrheit im Parlament inne hatten.

C. Übersicht in Tabellenform[6]

Die nachfolgende Aufstellung umfasst in Tabelle 1 alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in alphabetischer Reihenfolge ab dem Jahr 1949 bzw. dem Jahr, in dem ein demokratisches Regierungssystem etabliert wurde.
Tabelle 2 listet alle Minderheitsregierungen der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland auf.

[6] Wegen des nur eingeschränkt zur Verfügung stehenden Datenmaterials erhebt diese Darstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Tabelle 1:

Land	Partei (en)	Amtszeit	Beginn: WP
Belgien[7]			
Bulgarien[8]	Union der demokratischen Kräfte (UDK)	11.1991-12.1992	
	Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (GERB)	seit Juli 2009	
Dänemark[9]	Sozialdemokraten	1947-1950	
	Liberale/Konservative	1950-1953	
	Sozialdemokraten	1953-1957	
	Sozialdemokraten/Radikalliberale	1960-1964	
	Sozialdemokraten	1964-1968	
	Sozialdemokraten	1971-1973	
	Liberale	1973-1975	
	Sozialdemokraten	1975-1978	
	Sozialdemokraten/Liberale	1978-1979	
	Sozialdemokraten	1979-1982	
	Konservative/Liberale/Zentrum/Christliche Volkspartei	1982-1988	
	Konservative/Liberale/Radikalliberale	1988-1990	
	Konservative/Liberale	1990-1993	
	Sozialdemokraten/Radikalliberale/Zentrum	1994-1998	
	Sozialdemokraten/Radikalliberale	1998-2001	
	Liberale/Konservative	seit 2001	
Deutschland[10]	CDU/CSU	10.1966-11.1966	nein
	SPD	17.9.-1.10.1982	nein
Estland[11]	Zentrumspartei/Reformpartei	01.2002-03.2003	nein
	Reformpartei/Pro Patria/Respublica Union	seit 05.2009	nein
Finnland[12]	Sozialdemokratische Partei	1948-1950	
	Agrarunion	1950-1951	
	Landbund/Finnische Volkspartei/ Schwedische Volkspartei	05.1957-10.1957	
	Landbund/Schwedische Volkspartei	1959-1961	
	Sozialdemokratische Partei	02.1972-09.1972	
Frankreich[13]	Parti Socialiste	1988-1993	
Griechenland			
Irland[14]	Fianna Fail	1951-1954	
	Fianna Fail	1982-1982	
	Fianna Fail / Progressive Democrats	1989-1992	
	Fianna Fail / Progressive Democrats	1997-2002	

[7] *Wichard Woyke*, Das politische Systems Belgiens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 462 unten.
[8] *Sabine Riedel*, Das politische Systems Bulgariens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 604; für 2009: http://de.wikipedia.org/wiki/Bojko_Borissow.
[9] 1949 - 1973: *Detlef Jahn*, Koalitionen, Koalitionshandeln und Minderheitsregierungen, S. 21; ab 1973: *Peter* Nannestad, Das politisches System Dänemarks, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 78.

[10] *Jürgen Hartmann*, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 2004, S. 33.
[11] *Mikko Lagerspetz / Konrad Maier*, Das politische System Estlands, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 83; sowie für die aktuelle Situation: http://www.estemb.de/estland/regierung (Internetseite der Botschaft von Estland in Berlin).
[12] http://www.phil.uni-greifswald.de/fileadmin/mediapool/ipk/publikationen/jahn/ jahn-kuitto-oberst_das_parteiensystem_finnlands_manuskriptversion.pdf, S. 150 ff.; für 1972: http://de.wikipedia.org/wiki/Rafael_Paasio.
[13] *Udo Kempf*, Das politische System Frankreichs, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 357.
[14] *Jürgen Elvert*, Das politische System Irlands, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 316.

	Fianna Fail	2002-2007	

Italien[15]	Democrazia Christiana Democrazia Christiana Democrazia Christiana Democrazia Christiana Democrazia Christiana Democrazia Christiana Democrazia Christiana Democrazia Christiana Democrazia Christiana Democrazia Christiana Democrazia Christiana	07. - 08.1953 08.1953-01.1954 01.1954-02.1954 05.1957-07.1958 02.1959-03.1960 03.1960-07.1960 07.1960.06.1962 06.1963-12.1963 06.1968-12.1968 08.1969-03.1970 02.1976-07.1976 17.04.1987-28.04.1987	
Lettland[16]	Lettlands Weg (LC)/Lettlands Bauernbund LC/Volkspartei LC/Für Vaterland und Freiheit/Neue Partei/ Lettlands Sozialdemokratische Union Bündnis der Grünen und Bauern (Mitte Rechts Bündnis) Volkspartei/Erste Partei Lettlands/ Bündnis der Grünen und Bauern	07.1993-07.1994 09.1994-12.1995 11.1998-07.1999 03.2004-12.2004 04.2006-12.2007	
Litauen[17]	Sozialdemokratische Partei Litauens (LSDP)/Bauernpartei/Liberale/ Bürgerdemokratie	07.2006-12.2008	
Luxemburg[18]	Demokratesch Partei (DP)/Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP)	1974-1979	ja
Malta[19]	Malta Worker´s Party (MWP) Nationalist Party (PN)	1949-1950 09.-10.1950	nein
Niederlande[20]	Antirevolutionäre Partei (ARP) ARP Christlich demokratischer Aufruf (CDA) CDA	11.1966-04.1967 07.1972-05.1973 05.1982-11.1982 07.2006-02.2007	
Österreich[21]	Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1970-1971	

[15] *Hartmut Ullrich*, Das politische System Italiens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 654 f.
[16] *Thomas Schmidt*, Das politische Systems Lettlands, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 128; für 2004-2007: http://de.wikipedia.org/wiki/Indulis_Emsis; http://de.wikipedia.org/wiki/Indulis_Emsis.
[17] *Joachim Tauber*, Das politische System Litauens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 164, 166; für 2006-2008: http://de.wikipedia.org/wiki/Gediminas_Kirkilas.
[18] *Michael Schroen*, Das politische System Luxemburgs, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 488 f.
[19] *Anita Bestler / Arno Waschkuhn*, Das politische System Maltas, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 878.
[20] *Norbert Lepszy / Markus Wilp*, Das politische System der Niederlande, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 415.
[21] *Anton Pelinka*, Das politische System Österreichs, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 616.

Polen[22]	Christlich-Nationale-Vereinigung (ZChN)/ Polnische Bauernpartei/Zentrumsallianz/ Bauernallianz (PL)/Polnische Bauernpartei Demokratische Union/ZChN/Liberal demokratischer Kongress (KLD) u.a. Wahlaktion Solidarnosc Allianz der Demokratischen Linken (SLD) Ministerpräs. parteilos, Ministerrat SLD	12.1991-06.1992 07.1992-10.1993 06.2000-10.2001 03.2003-05.2004 05.2004-10.2005	 nein nein
Portugal[23]	PS (Partido Socialista) PSD (Partido Social Democrata) PS PS	1976-1978 1985-1987 1995-2002 seit 2009	
Rumänien[24]	Demokratische Front der nationalen Rettung (FDSN)/Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (PDSR) PDSR/Sozialdemokratische Partei (PSD) Ungarnverband/National-liberale Partei Dem.Liberale Partei/Ungarnverband	11.1992-12.1996 12.2000-12.2004 04.2007-12.2008 seit 10.2009	 nein
Schweden[25]	Liberale Volkspartei Zentrumspartei Sozialdemokratische Arbeiterpartei Moderate Sammlungspartei Sozialdemokratische Arbeiterpartei	1978-1979 1981-1982 1982-1991 1991-1994 1994-2006	 nein ja ja
Slowakei[26]	Bewegung für eine Dem.Slowakei (HZDS) Bewegung für eine Dem.Slowakei (HZDS)	06.1992-10.1993 12.1993-03.1994	
Slowenien[27]	Liberale Demokraten Sloweniens/ Christdemokraten Sloweniens	01.1996-02.1997	
Spanien[28]	UCD (Zentrumsunion) Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) Partido Popular (PP, konservativ) PSOE	1977-1982 1989-1996 1996-2000 seit 2004	

[22] *Klaus Ziemer/Claudia-Yvette Matthes*, Das politische System Polens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 211; für 2003-2004: http://de.wikipedia.org/wiki/Leszek_Miller; für 2004-2005: http://de.wikipedia.org/wiki/Marek_Belka.
[23] *Sara Claro da Fonseca*, Das politische Systems Portugals, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 784.
[24] *Anneli Ute Gabanyi*, Das politische System Rumäniens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 569; für 2007-2008: http://de.wikipedia.org/wiki/C%C4%83lin_Popescu-T%C4%83riceanu; für 2009: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Rumaenien/Innenpolitik.html; http://de.wikipedia.org/wiki/Emil_Boc.

[25] *Detlef Jahn*, Das politische System Schwedens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 114.
[26] *Rüdiger Kipke*, Das politische System der Slowakei, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 294.
[27] *Igor Luksic*, Das politische System Sloweniens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 652.
[28] *Harald Barrios*, Das politische Systems Spaniens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 726.

Tschechien[29]	Demokratische Bürgerpartei (ODS)/ Christdemorkraten/Demokratische/Bürgerallianz Tschechische Sozialdemokratische Partei ODS/Christdemokraten/Grüne	07.1996-01.1998 07.1998-07.2002 ca. Ende 2008-05.2009	nein
UK[30]	Labour Party	02.-10.1974	ja
Ungarn[31]			
Rep. Zypern			
Türkische Republik Nordzypern[32]	Nationale Einheitspartei/Demokratische Volkspartei	1983-1985	
	Demokratische Volkspartei	1988-1990	

Tabelle 2[33]:

Land	Partei (en)	Amtszeit	Beginn: WP
Berlin	CDU SPD SPD/Bündnis 90/Die Grünen	1981-1983 11.1990-01.1991 06.2001-1.2002	ja nein nein
Brandenburg	SPD/FDP	03.1994-09.1994	nein
Hamburg[34]	SPD SPD	06.1982-12.1982 11.1986-03.1987	ja ja
Hessen **Mecklenburg-Vorpommern**[35]	SPD SPD/ab 06.1984 mit B 90/Die Grünen CDU geschäftsführend, gescheiterter Versuch von SPD/B 90/Die Grünen eine Minderheitsregierung zu bilden CDU/FDP	09.1982-09.1983 09.1983-10.1985 01.2008-01.2009 1990-1994	ja ja ja
Niedersachsen[36]	CDU/FDP CDU	09.1989 1 Tag! 02.1976-01.1977	nein

[29] *Karel Vodicka*, Das politische System Tschechiens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 256; für 2008-2009: http://de.wikipedia.org/wiki/Mirek_Topol%C3%A1nek.
[30] *Roland Sturm*, Das politische System Großbritanniens, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 275.
[31] *Andras Körösenyi/Gabor G. Fodor*, Das politische Systems Ungarns, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 335 ff.
[32] *Peter A. Zervakis*, Die politischen System Zyperns, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl. 2006, S. 912.
[33] Siehe auch die Auflistung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages: Aktueller Begriff: Minderheitsregierungen auf Länderebene in Deutschland seit 1990, Nr. 50/10 (27. Juli 2010); sowie den Beitrag auf http://www.tagesschau.de/inland/minderheitenregierungen100.html; und die Statistik bei *Aline Schniewind*, Regierungen in: Markus Freitag/Adrian Vatter (Hrsg.), Die Demokratien der deutschen Bundesländer, 2008, S. 128.
[34] http://www.hamburg.de/contentblob/2179948/data/download-hamburger-senate.pdf.
[35] *Aline Schniewind*, Regierungen in: Markus Freitag/Adrian Vatter (Hrsg.), Die Demokratien der deutschen Bundesländer, 2008, S. 129.
[36] *Sven Thomas*, Regierungspraxis von Minderheitsregierungen, 2003, S. 14; http://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahlen_(Niedersachsen)#Wahl_zum_8._Nieders.C3.A4chsischen_Landtag_.289._Juni_1974.29.

Nordrhein-Westfalen	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	seit 07.2010	ja
Saarland[37]	CDU	05.1975- 03.1977	
Sachsen-Anhalt	SPD/bis 1998 mit B 90/Die Grünen	1994-2002	ja
Schleswig-Holstein	CDU geschäftsführend, durch Neuwahlen wurde der Plan einer Minderheitsregierung obsolet 2005: gescheiterter Versuch der SPD eine Minderheitsregierung zu bilden CDU geschäftsführend	10.1987- 05.1988 07.2009- 10.2009	

[37] *Sven Leunig*, Die Regierungssysteme der Deutschen Länder im Vergleich, 2007, S. 107; http://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_R%C3%B6der_V.